



Zwischenbericht

Juli 2006 - Mai 2008

FreiJa – Aktiv gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution

In Kooperation mit:

Diakonie 
Evang. Landeskirche
Diakonisches Werk Baden

Gefördert von:


Frauenarbeit
der Evangelischen Landeskirche in Bar

Gefördert von:

AKTION  MENSCH

Inhaltsübersicht

Vorwort	3
Das Phänomen	4
Situation in Südbaden	4
Vorgehen der Kriminalpolizei bei Menschenhandel	4
Die Zugangswege	5
Die Diakonie	6
Projektbeschreibung	7
Das Projekt	7
Das Selbstverständnis	7
Die Angebote	8
Die Standorte	8
Die Projektstruktur	10
Zwischenauswertung	11
Beratungsstellenaufbau	11
Zielgruppe	11
Fallzahlen	12
Kooperationen	13
Begleitende Hilfen	14
Netzwerke	14
Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit	15
Ziele für das nächste Projektjahr	17
Geplante Maßnahmen für die weitere Projektlaufzeit	17
Gedicht	17

Vorwort

Mit dem vorliegenden Zwischenbericht möchten die Projektmitarbeiterinnen Zwischenbilanz ziehen.

Seit Projektbeginn im Juni 2006 wurde viel erreicht. Nach 24 Monaten Projektarbeit ist FreiJa regional, überörtlich und grenzüberschreitend bekannt. Über unterschiedlichste Zugangswege haben Betroffene Hilfe erhalten.

Es hat sich gezeigt, dass auch in Südbaden ein Bedarf nach Beratungsangeboten für die Betroffenen von Menschenhandel und Zwangsprostitution besteht. Es zeigt sich bereits jetzt, dass mit steigendem Bekanntheitsgrad die Anfragen steigen.

FreiJa berät und begleitet Mädchen und Frauen, die zur Prostitution gezwungen oder darin ausgebeutet werden. Ebenso werden Mädchen und Frauen unterstützt, die als Heiratsmigrantinnen nach Deutschland gekommen sind und hier Gewaltstrukturen ausgesetzt sind.

Neben dieser Zielgruppe haben auch Frauen mit angrenzenden Problemlagen die Fachberatungsstellen in Anspruch genommen haben: Frauen, die ihren Lebensunterhalt innerhalb der Prostitution sichern, aus dem Milieu aussteigen möchten und eine neue Perspektive außerhalb des Milieus suchen. Mädchen und Frauen, die drogenabhängig sind und die zur Beschaffung der Droge der Prostitution nachgehen. Frauen, die in Deutschland als Pflegekräfte in Familien arbeiten und dort sexualisierter Gewalt innerhalb der Arbeitsstelle ausgesetzt sind. Der Hintergrund der Frauen ist unterschiedlich – allen gemeinsam ist der Wunsch aus der (Zwangs-) Prostitution auszusteigen und die Hoffnung auf eine menschenwürdigen Perspektive, frei von sexualisierter Gewalt und frei von Zwang.

Die drei Fachberatungsstellen sind, aufgrund ihrer geographischen Lage, Anlaufstellen für unterschiedliche Zielgruppen. In Kehl leben Frauen aus den neuen EU – Beitrittsländern, die sich seit längerer Zeit in Deutschland aufhalten und unter Zwang der Prostitution in Strasbourg nachgehen mussten. Möchten sie aus der Prostitution aussteigen oder können sie nicht mehr als Prostituierte arbeiten (psychische Erkrankungen, Alter, Suchtmittelabhängigkeit) haben sie in Deutschland keinen Anspruch auf finanzielle Leistungen und somit kaum eine Chance auf eine Perspektive außerhalb des Milieus. In Weil sind viele Frauen bekannt, die als Heiratsmigrantinnen nach Deutschland gekommen sind und hier Gewaltstrukturen ausgesetzt sind. Hier geht es um die Frage der Zukunftsperspektive dieser Frauen, die dauerhaft in Deutschland leben werden. Die Lösung aus Strukturen von (auch sexualisierter) Gewalt ist dabei langfristiges Beratungsziel. In Kirchzarten werden häufig deutsche Mädchen und Frauen begleitet, die der Prostitution nachgehen müssen und einen Ausstieg aus dem Milieu suchen. Schwerpunkt der Arbeit liegt hier in der Ausstiegsberatung der (zwangs-) prostituierten Mädchen und Frauen in Hinblick auf eine gewaltfreie selbstbestimmte persönliche und berufliche Zukunft.

Im dritten Projektjahr wird die Arbeit fortgesetzt, die Kooperationen vertieft und erweitert werden. Die Erkenntnisse, die aus zwei Jahren Projektarbeit gewonnen wurden, werden in weiteres Handeln umgesetzt.

Wir möchten diese Stelle auch für unsere Danksagungen nutzen:

Ein herzliches Dankeschön an alle FörderInnen, SpenderInnen, Ehrenamtliche und Hauptamtliche, die unsere Arbeit ideell, fachlich und finanziell unterstützt haben.

Ein Dank an die vielen KooperationspartnerInnen für die gute Zusammenarbeit, die zum Gelingen unserer Arbeit beiträgt.

Einen herzlichen Dank an die Organisationen aus Frankreich, Schweiz und Belarus für die produktive grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Beate Huschka
Projektkoordinatorin FreiJa

Das Phänomen

Situation in Südbaden

In Südbaden findet Prostitution größtenteils in Terminwohnungen und Bordellen statt. Daneben gibt es Nachbars, Animier- und Stripteaselokale. Straßenprostitution ist kaum anzutreffen. Gründe hierfür liegen in den örtlichen Bestimmungen zur Regelung der Prostitution (Sperrbezirke). In Baden-Württemberg gilt grundsätzlich in allen Städten mit einer Einwohnerzahl unter 35.000 Einwohnern ein von der Landesregierung verordnetes Verbot der Prostitution. Bei einer Einwohnerzahl von 35.000-50.000 können die zuständigen Regierungspräsidien und Gemeinden vor Ort andere Regelungen treffen. Bei Städten mit einer Einwohnerzahl über 50.000 entfällt die Sperrbezirksregelung. Ein totales Verbot ist dann nicht mehr zulässig. Prostitution kann dann nur in festgelegten Stadtgebieten verboten werden. D.h. der jeweilige Stadt- und Gemeinderat und das Regierungspräsidium müssen entscheiden, wo „Toleranzzonen“ ausgewiesen werden, in welchen Prostitution erlaubt wäre. Oft wird deshalb in die angrenzende Stadt im benachbarten Ausland (Basel und Strasbourg) in die Straßenprostitution ausgewichen.

Da Prostitution bislang in den Landkreisen aufgrund der Sperrbezirksregelung verboten ist, findet offiziell keine Prostitution statt. Es ist jedoch anzunehmen, dass es in den Landkreisen im Bereich der Wohnungs- und Hotelprostitution auch zu Fällen von Zwangsprostitution kommt.

In den Städten über 50.000 Einwohner erfolgt Prostitution größtenteils in Terminwohnungen und Bordellen. Die Frauen wechseln in der Regel nach circa drei Wochen die Wohnungen und die Bordelle, so dass es nicht kontrollierbar ist, ob die Frauen freiwillig oder unter Zwang der Prostitution nachgehen.

Vorgehen der Kriminalpolizei bei Menschenhandel

In Deutschland gilt Menschenhandel als „Kontrolldelikt“, d.h. die Straftat wird durch Kontrollen der Strafverfolgungsbehörden und selten durch Anzeigen aufgedeckt. Damit die zuständigen Behörden Kontrollen durchführen können, muss ein Anfangsverdacht von Menschenhandel vorliegen. Die meisten Kontrollen zur Aufdeckung von Menschenhandelsfällen wurden bisher auf der Basis des Anfangsverdachts der „illegalen Einreise“ oder „Einschleusung von Ausländern“ und „Förderung der Prostitution“ durchgeführt. Diese Verdachtskomponenten dienen als Ausgangspunkt für weitere Ermittlungen. Nach der EU-Aufnahme der neuen Mitgliedstaaten 2004, die zum Teil auch Herkunftsländer von Menschenhandel sind, und dem Inkrafttreten des Prostitutionsgesetzes 2002 liegen die rechtlichen Voraussetzungen für einen Anfangsverdacht unter den oben genannten Paragraphen erheblich höher oder fallen vollkommen weg. Dadurch wird die Strafverfolgung im Bereich Menschenhandel erschwert.

Nach der EU Erweiterung ist es außerdem für die Kripo erheblich schwieriger geworden, Opfer von Menschenhandel zu identifizieren. Durch die visumsfreie Einreise aus EU Ländern sind die betroffenen Frauen zunächst legal in Deutschland und fallen nicht durch fehlende Papiere auf. EU Angehörige der neuen Mitgliedsstaaten benötigen für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit in einem Beschäftigungsverhältnis eine Arbeitserlaubnis oder eine Arbeitsberechtigung. Frauen innerhalb des Prostitutionsmilieus arbeiten jedoch häufig als selbständige Dienstleisterinnen, unter der Berufsbezeichnung „Hostess“, wozu es keiner besonderen Genehmigung bedarf. Unter diesen Umständen ist es für die Polizei nicht mehr zu erkennen, ob die Frauen freiwillig der Prostitution nachgehen oder dazu gezwungen werden.

Die „Schattenseite“ der EU Osterweiterung wird hier deutlich: Frauen aus den neuen EU Mitgliedsstaaten haben einen legalen Status. Sie können uneingeschränkt nach Deutschland einreisen und sich hier aufhalten. Sie können sich selbständig machen und benötigen als selbständige Dienstleisterin keine Arbeitserlaubnis. Damit sind sie nicht mehr als Opfer von Menschenhandel zu identifizieren. Gelingt einer Frau die Flucht und befreit sie sich aus den Zwangsverhältnissen, ist ihre Situation prekär. Sie ist in der Regel nicht krankenversichert, hat keinen Anspruch auf ALG II oder sonstige finanziellen Leistungen, denn die Beantragung öffentlicher Mittel ist ein Ausweisungsgrund. Die Ausweisung wäre allerdings ohne Folgen, da sie kurzfristig wieder einreisen könnte. Die Betroffene ist vor die Wahl gestellt, in ihr Heimatland zurückzukehren (und eventuell wieder hierher verschleppt zu werden) oder im Milieu zu bleiben, um ihren Lebensunterhalt zu sichern.

Um einer Frau in dieser Situation helfen zu können, bräuchte es eine gesetzliche Basis, die eine offizielle Anmeldung und Aufnahme in die Krankenversicherung erlaubt, so dass nicht nur der Aufenthalt in Deutschland, sondern auch eine berufliche Orientierung und Integration außerhalb des Prostitutionsmilieus möglich würde.

Die Zugangswege

Die Betroffenen wenden sich in den wenigsten Fällen selbst an eine Fachberatungsstelle. Viele der Frauen sind so verängstigt, dass sie schweigen aus berechtigter Angst um ihr Leben, aus Scham gegenüber der Familie im Heimatland, aus fehlendem Vertrauen zu den Strafverfolgungsbehörden, aufgrund fehlender Sprachkenntnisse und fehlender Kenntnisse der regionalen Situation.

Die Kontaktaufnahme zwischen Fachberatungsstelle und Betroffenen erfolgt zum einen über die ermittelnden Behörden, wenn diese im Zug einer Ermittlung Opfer von Menschenhandel aufgreifen. Vor allem Beratungsstellen und Kliniken, wenden sich an FreiJa, mit der Bitte einer Begleitung der Betroffenen durch die Fachberatungsstelle. Einige Betroffene sind bereits an eine andere Beratungsstelle angebunden. Hier leistet FreiJa kollegiale Beratung in Form von Abklärung der nächsten Schritte oder Weitergabe von Informationen (rechtliche Fragen, finanzielle Möglichkeiten, oder Unterbringung). Über regelmäßige Streetwork in Strasbourg finden Frauen, die in Kehl leben und in Strasbourg der Prostitution nachgehen, Zugang zu diesem Angebot. Selten erhält FreiJa Hinweise eines Freiers über mögliche Zwangsprostitution.

Ein Praxisbeispiel

Frau D. lebt seit 2001 in Kehl. Sie wurde in Tschechien für eine Arbeit in Deutschland angeworben und dann zur Prostitution auf dem Straßenstrich in Strasbourg gezwungen. Mehrere Versuche, wieder in ihre Heimat zurückzukehren, schlugen fehl. Sie wurde hinter der Grenze immer wieder von Männern, die mit ihren Zuhältern zusammenarbeiteten, abgefangen und nach Kehl zurückgebracht. Dort lebte sie in einer Pension, zusammen mit anderen Mädchen, die ebenfalls zur Prostitution gezwungen wurden. Nach einiger Zeit wurde sie heroinabhängig. Sie war dann nicht mehr für ihre Zuhälter interessant und bekam über Bekannte ein privates billiges Zimmer in Kehl zur Miete. Sie ging weiterhin in Strasbourg anschaffen, um ihren Lebensunterhalt und das Geld für die Drogen zu verdienen. Nach einiger Zeit kam sie dort über Streetwork in Kontakt mit einer Sozialarbeiterin aus Strasbourg. Sie begann mit einem Methadonprogramm und ist seither entschlossen, aus dem Milieu auszusteigen. Die Kollegin aus dem Methadonprogramm begleitete sie zur Ausländerbehörde nach Kehl. Dort wurde sie auf das Beratungsangebot von FreiJa hingewiesen.

Da Frau D. als Tschechin (EU Bürgerin) in Kehl lebt, ist sie bei der Ausländerbehörde gemeldet. Mit Frau D. gibt es seit Februar 2007 regelmäßigen Kontakt (Treffen 1-2 mal wöchentlich). Neben dem Beginn des Integrationskurses ist es wichtig, eine tragfähige Finanzierung zu entwickeln. Frau D. arbeitete anfangs noch sporadisch im Milieu, seit sie über den landeskirchlichen Fond regelmäßig Unterstützung erhält, ist ihr der Ausstieg aus ihrer alten Tätigkeit gelungen. Neben Anträgen für den Fonds gab es weitere Aufgaben zu lösen. Frau D. hatte Probleme mit dem Krankenhaus und Krankentransportträger, da sie ohne Krankenversicherung eine kurze Behandlung im Krankenhaus in Anspruch nahm. Außerdem gab es Probleme mit dem Vermieter, der willkürlich die Nebenkostenregelung für ihre Wohnung veränderte. Verhandlungen mit der Kommunalen Arbeitsförderung ergaben, dass sie weder Anspruch auf regulären Leistungsbezug noch auf die dazu gehörende Krankenversicherung hat.

Inzwischen ist ihr Anspruch auf Fondsmittel beendet und sie versucht, sich mit kleinen Jobs „über Wasser zu halten“. Eine berufliche Orientierung und Integration wäre wünschenswert, da Frau D. nach eigener Aussage nicht nach Tschechien zurückkehren kann.

Die Diakonie

Bereits 1999 hatte das Diakonische Werk der EKD den Standpunkt vertreten, dass auch die Arbeit mit Prostituierten und Opfern von Menschenhandel eine originäre Aufgabe von Diakonie und Kirche ist. Ziel ist es, Lobbyarbeit zu übernehmen, um damit zur Verbesserung und Unterstützung des Hilfesystems beizutragen. Kirche und Diakonie sehen die Notwendigkeit zum Handeln und beziehen Position. Deshalb soll diakonische Arbeit im Bereich von Prostitution und Menschenhandel präventive Arbeit umfassen, Linderung und Minderung von Notlagen und Risiken bieten, anwaltschaftliche Lobbyarbeit zur Veränderung der Rahmenbedingungen leisten und Ausstiegshilfen für Betroffene ermöglichen, unabhängig von Herkunft und Religion.

In verschiedenen Beratungsstellen in Baden wurde das Problem immer wieder als existent wahrgenommen. Bei Bahnhofsmissionen, in Migrationsberatungsstellen sowie in der Schwangerschaftskonfliktberatung tauchten gelegentlich Frauen auf, die nach Deutschland gekommen waren und hier weiter gereicht oder weiter geschickt wurden. Sie hatten weder Aufenthalt noch Krankenversicherung, ihre Lebensgeschichte wirkte dubios und ungeklärt. Die Verständigung scheiterte meist daran, dass sie keine oder geringe Sprachkenntnisse hatten und eingeschüchtert wirkten. Das Fraueninformationszentrum in Stuttgart (FIZ) und die Mitternachtsmission in Heilbronn betreuten auch die Fälle von Menschenhandel, die im südbadischen Raum aufgedeckt wurden.

Nachdem 2003 ein erhöhter Beratungsbedarf von verschiedenen Einrichtungen festgestellt worden war, wurde der Arbeitskreis „Menschenhandel und Zwangsprostitution in Baden“ gegründet mit dem Ziel, vor Ort in den badischen Grenzregionen ein Beratungsangebot für betroffene Frauen zu entwickeln. Ab Herbst 2005 wurde im Diakonischen Werk Breisgau - Hochschwarzwald mit dem Aufbau eines grenzüberschreitenden Netzwerkes von Hilfsmöglichkeiten für betroffene Frauen begonnen. Mit der finanziellen Unterstützung von „Aktion Mensch“, der Frauenarbeit der Evangelischen Landeskirche und des Diakonischen Werkes Baden konnten ab Juni 2006 die drei Fachberatungsstellen in Kehl, Kirchzarten und Weil am Rhein ihre Arbeit aufnehmen, um eine ortsnahe Arbeit gerade auch im grenzüberschreitenden Bereich zu leisten. Die insgesamt 1,75 Stellen teilen sich drei Sozialpädagoginnen/ Sozialarbeiterinnen, die in Kehl und Weil am Rhein mit je 50 % Deputat, in Kirchzarten mit 75 % Deputat (inkl. Projektkoordination) tätig sind. Durch die drei Fachberatungsstellen wurde eine Lücke im Beratungsnetz Baden - Württembergs geschlossen.

Ein Praxisbeispiel

Die Aktion:

Montagvormittag auf der Rheinbrücke in Kehl - Strasbourg: Eine junge Frau reißt die Türen eines Autos auf, stürzt sich aus dem fahrenden Auto und rennt auf ein Polizeifahrzeug zu. Sie bittet die Polizisten um Hilfe. Die Polizisten nehmen die Personalien der jungen Frau auf und begleiten sie zu FreiJa - einer Fachberatungsstelle für Zwangsprostitution und Menschenhandel.

Der Hintergrund:

Tamara, eine junge Frau aus Rumänien, wurde von einem Bekannten in ihrem Heimatland angesprochen, ob sie mit ihm nach Deutschland gehen wolle. Er habe einen gut bezahlten Job in einem Hotel für sie. Tamara verließ mit ihm ihre Heimatstadt. Hier angekommen nahm er ihr den Pass ab; das Hotel entpuppte sich als Bordell und Tamara wurde dazu gezwungen sich Freiern anzubieten. Tamara lebte und „arbeitete“ unter ständiger Bewachung. Sie durfte weder die Wohnung noch das Bordell alleine verlassen. Das Geld wurde ihr täglich abgenommen. Ihr selbst blieb nichts, außer ein wenig zu essen. Sie wurde abends über die Grenze nach Strasbourg in das Bordell gebracht und lebte tagsüber in einer Wohnung in Kehl. Tamara hielt diese gewaltvolle Situation nicht lange aus. In einer der Fahrten von Strasbourg nach Kehl sah sie das Polizeiauto, nahm all ihren Mut zusammen und flüchtete aus dem Auto ihrer Peiniger.

Inzwischen lebt Tamara wieder zu Hause bei ihrer Familie. Über die Erlebnisse in Deutschland schweigt sie. Ihren Bekannten hat sie nicht wieder gesehen.

Projektbeschreibung

Das Projekt

Mit FreiJa ist in Südbaden ein Beratungsangebot entstanden, das ein interdisziplinäres, flächendeckendes und grenzüberschreitendes Beratungs- und Hilfesystem für die Opfer von Frauenhandel und Zwangsprostitution bietet. Grundlegendes Ziel ist es, Mädchen und Frauen, die Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution geworden sind, darin zu unterstützen, sich aus Abhängigkeitsstrukturen und Gewaltverhältnissen zu lösen und Perspektiven für ein unabhängiges, selbstbestimmtes Leben jenseits von Ausbeutung und Misshandlung aufzuzeigen. Um diese Ziele zu erreichen ist eine dauerhaft gesicherte, für die betroffenen Frauen leicht zugängliche Hilfestruktur erforderlich, die fachlich und organisatorisch den hohen Anforderungen gerecht werden kann.

Beratungsstellenaufbau

FreiJa bietet den von Menschenhandel und Zwangsprostitution Betroffenen Beratung, Unterstützung und Schutz. Durch die Bereitstellung von Unterkünften, finanziellen Hilfen, Hilfe bei der Alltagsbewältigung, Vermittlung in Sprachkurse, Qualifizierungsmaßnahmen und Arbeitsmöglichkeiten werden neue Perspektiven eröffnet. Die Angebote der jeweiligen Fachberatungsstellen sind eng auf die Bedürfnisse der Betroffenen und die jeweilige örtliche Situation zugeschnitten. Durch eine kontinuierliche Zusammenarbeit und fachlichen Austausch der drei Fachberatungsstellen ist es möglich, in einer aktuellen Beratungs- und Krisensituation umgehend geeignete, badenweite Hilfsmaßnahmen in die Wege zu leiten.

Aufbau von regionalen, überregionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken

Neben der direkten Beratung der Betroffenen erfolgt eine enge Kooperation mit anderen Beratungsdiensten in der Region, die potentiell in Kontakt mit den betroffenen Frauen stehen. Darüber hinaus bestehen regelmäßige Kontakte zu den ermittelnden Behörden. Dieser Netzwerkaufbau ist grenzüberschreitend angelegt. Neben Kooperationen mit Einrichtungen in der Schweiz und Frankreich bestehen Kontakte zu Beratungseinrichtungen in den Herkunftsländern der Frauen.

Begleitende Hilfen

Ein Pool mit begleitenden Hilfen, bestehend aus Anwältinnen, Ärztinnen, Dolmetscherinnen, Psychologinnen wird kontinuierlich aufgebaut und erweitert.

Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit

Um die Öffentlichkeit über die Hintergründe von Zwangsprostitution und Menschenhandel zu sensibilisieren und Lobbyarbeit für die Betroffenen zu betreiben, werden Informationsveranstaltungen durchgeführt. Ebenso erfolgt regelmäßig Berichterstattung in Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Politische Arbeit

FreiJa ist auf Bundes- und Landesebene fachlich vernetzt, um sich für bessere gesetzliche Rahmenbedingungen von (Zwangs-) Prostituierten einsetzen zu können.

Das Selbstverständnis

Das Selbstverständnis des Beratungsansatzes ist das christliche Menschenbild. Jede Betroffene wird unterstützt, unabhängig von Herkunft, Religionszugehörigkeit, Aufenthaltsstatus und sozialer Situation. Die Anliegen der Ratsuchenden stehen im Mittelpunkt.

Frauenhandel ist eine Menschenrechtsverletzung. Jede Frau hat ein Recht auf ein selbst bestimmtes Leben ohne körperliche und seelische Gewalt. Toleranz und Offenheit sind die Basis des Beratungssettings. Die Herkunft und der kulturelle Hintergrund der Ratsuchenden werden geachtet und berücksichtigt. Frauen innerhalb der Prostitution sind häufig Opfer physischer und psychischer Gewalt, sie sind jedoch gleichzeitig auch Menschen mit Ressourcen, die es zu stärken gilt. FreiJa arbeitet parteilich und lösungsorientiert, um die Betroffenen in ihren Anliegen zu unterstützen.

Die Angebote

FreiJa bietet kostenlose Beratung, bei der die Bedürfnisse der Betroffenen im Mittelpunkt stehen:

- FreiJa leistet Krisenintervention und betreut Frauen, die sich persönlich an FreiJa wenden oder von Dritten an FreiJa vermittelt werden
- FreiJa leitet die ersten notwendigen Maßnahmen ein. Dazu gehört auch eine Notversorgung mit Lebensmitteln, Kleidung und Hygieneartikeln
- FreiJa organisiert die Unterbringung an geschützten Orten
- FreiJa unterstützt die Betroffenen bei der Klärung von Perspektiven
- FreiJa unterstützt bei der Alltagsbewältigung und hilft, ein selbst bestimmtes Leben zu realisieren
- FreiJa kooperiert mit DolmetscherInnen
- FreiJa vermittelt medizinische Hilfe und psychologische bzw. seelsorgerische Betreuung
- FreiJa stellt den Kontakt zu RechtsanwältInnen her
- FreiJa bereitet gegebenenfalls eine Rückkehr ins Heimatland vor
- FreiJa organisiert den Zugang zu Sprachkursen und schulischen bzw. beruflichen Maßnahmen
- FreiJa begleitet die Opferzeuginnen auf Wunsch in Gerichtsverfahren

Die Standorte

Standort Kirchzarten



Beate Huschka
Dipl. Pädagogin
Projektkoordination

Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenbezirks
Breisgau-Hochschwarzwald
Im Fischerrain 1
79199 Kirchzarten

Tel. 07661 - 9384-21
Fax 07661 - 9384-40

beate.huschka@diakonie.ekiba.de

In Kirchzarten erfolgt der Aufbau einer örtlichen Beratungsstelle für den Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald mit den notwendigen Maßnahmen.

Hier erfolgt auch die Gesamtkoordination des Projektes. Die Arbeitsinhalte und Tätigkeitsschwerpunkte der einzelnen Projektstandorte als auch die aktuellen Entwicklungen an weiteren potentiellen Standorten in Südbaden werden in Kirchzarten gesammelt. Es ist somit möglich, einen Überblick über die Gesamtsituation von Opfern von Menschenhandel und Heiratsmigranantinnen in Südbaden zu erhalten. Diese Entwicklungen und die daraus resultierenden Ergebnisse nach einem Handlungsbedarf, spezifischen Angeboten und politischen Forderungen werden gebündelt und auf Landes- und Bundesebene transportiert.

Dies geschieht durch kontinuierliche Zusammenarbeit im „Regionalbündnis Baden-Württemberg gegen Zwangsprostitution“, im „Arbeitskreis Menschenhandel Baden und Württemberg“ sowie im „Runden Tisch“ des Sozialministeriums. Von Kirchzarten aus wird verstärkt die Situation im Dreiländereck analysiert und der Kontaktaufbau mit den Einrichtungen in Basel forciert. Die Projektkoordinatorin ist zuständig für die überörtliche Öffentlichkeits- und Pressearbeit. Der Kontaktaufbau mit Organisationen aus den Herkunftsländern der Frauen wird von hier aus geknüpft.

Standort Kehl



Claudia Schnebel
Dipl. Sozialarbeiterin (FH)

Diakonisches Werk im Ortenaukreis
Friedhofstrasse 1
77694 Kehl
Tel. 07851 - 72244
Fax 07851 - 76234
claudia.schnebel@diakonie-ortenau.de

Kehl wurde aufgrund seines Grenzüberganges zu Frankreich (Europabrücke) als einer von drei Projektstandorten ausgewählt. Viele der betroffenen Frauen leben in Kehl und arbeiten auf dem Straßenstrich in Strasbourg. In Kehl gilt die Sperrgebietsverordnung, in Strasbourg dagegen gibt es eine florierende Straßenprostitutionszene. Die Zuhälter nutzen die Grenznähe. Sie bringen die Frauen in Kehl in Unterkünfte und schicken sie in Strasbourg auf den Straßenstrich. Seit 2003 besteht zwischen dem Diakonischen Werk und Mouvement du Nid Kontakte. FreiJa arbeitet in enger Kooperation mit Mouvement du Nid, einer französischen Nichtregierungs-Organisation, die sich in ganz Frankreich für Prostituierte einsetzt. Die Strasbourger Organisation von Mouvement du Nid bietet kontinuierlich Streetwork an, an der sich Frau Schnebel regelmäßig beteiligt. Über Streetwork und die Präsenz im Milieu stellt FreiJa Kontakte zu den Betroffenen her und macht das Beratungsangebot bekannt. Die Fachberatungsstelle hält den direkten Kontakt mit den zuständigen Behörden in Kehl und ist örtlich näher an den Unterkünften der Frauen.

Standort Weil am Rhein



Katrin Mehrrens
Dipl. Sozialpädagogin (FH)

Diakonisches Werk der Ev. Kirchenbezirke im Landkreis Lörrach
Goethestrasse 4
79576 Weil am Rhein
Tel. 07621 - 97421-2
Fax 07621 - 97421-8
mehrrens@diakonie-weil.de

Da Prostitution im gesamten Landkreis Lörrach aufgrund der Sperrbezirksregelung verboten ist, findet hier offiziell keine Prostitution statt. Auch die Terminwohnungen oder die Anmeldung der Prostitutionsausübung als selbständige Tätigkeit sind im Landkreis Lörrach nicht zulässig.

Aufgrund des Verbots gibt es im Landkreis weder offizielle Daten zur tatsächlichen Zahl der im Landkreis tätigen Prostituierten, noch zu den Orten, wo Prostitution stattfindet. Die einzige Möglichkeit für eine Prostituierte, legal im Landkreis Lörrach zu arbeiten, besteht darin, ihre Dienste als „Reisegewerbe“ anzubieten. Dies ist auch ohne Anmeldung erlaubt.

Auch wenn es offiziell keine Prostitution im Landkreis Lörrach gibt, ist dennoch von der Ausübung von Prostitution in der Wohnungs- und Hotelprostitution auszugehen v.a. durch Frauen aus den neuen EU – Beitrittsländern.

Durch die Möglichkeit des visumsfreien Aufenthaltes können Frauen im grenznahen Bereich z.B. im Basel zur Prostitution gezwungen und in Deutschland legal untergebracht werden.

Um Zugangswege zu den betroffenen Frauen zu eröffnen, ist deshalb eine enge Kooperation mit der Kriminalpolizei, der Ausländerbehörde und dem Ordnungsamt notwendig, ebenso wie das Bekannt werden von FreiJa in der Öffentlichkeit.

Für den Standort Weil am Rhein wurden grenzüberschreitende Kontakte und Kooperation mit Einrichtungen, die in der aufsuchenden Arbeit im Milieu in Mulhouse und in Basel tätig sind, aufgebaut.

Die Projektstruktur

Aktion Mensch

**Diakonisches
Werk
Baden**

**Ev. Frauenarbeit
der Ev. Landeskirche
in Baden**

**Evangelischer
Oberkirchenrat**

Eigenmittel

**Diakonisches Werk im
Ortenaukreis:
Fachberatungsstelle
Kehl:
50% Deputat
Projektmitarbeiterin**

**Diakonisches Werk
Brsg.-Hochschw.:
Fachberatungsstelle
Kirchzarten:
75% Deputat
Projektkoordination**

**Diakonisches Werk
Lörrach:
Fachberatungsstelle
Weil:
50% Deputat
Projektmitarbeiterin**

**Trägerkreis
Projektträger und FörderInnen**

- **Formale Projektabwicklung**
- **Finanzen**
- **Öffentlichkeitsarbeit**

**Projektbegleitkreis
Fachfrauen**

- **Fachliche und inhaltliche Begleitung**
- **interdisziplinärer Kreis**

Zwischenauswertung

Beratungsstellenaufbau

Grundlegendes Ziel ist es, Mädchen und Frauen die zur Prostitution gezwungen oder darin ausgebeutet werden darin zu unterstützen, sich aus Abhängigkeitsstrukturen und Gewaltverhältnissen zu lösen und Perspektiven für ein unabhängiges, selbstbestimmtes Leben jenseits von Ausbeutung und Misshandlung aufzuzeigen.

Um dieses Ziel zu erreichen ist eine dauerhaft gesicherte, für die betroffenen Frauen leicht zugängliche Hilfestruktur erforderlich, die fachlich und organisatorisch den hohen Anforderungen gerecht werden kann.

Das beinhaltet im Einzelnen:

- Aufbau von drei Fachberatungsstellen, die eng auf die Bedürfnisse der Betroffenen zugeschnitten sind
- Aufbau von regionalen, überregionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken um den Betroffenen über weit gestreute Zugangswege Hilfe und Unterstützung anbieten zu können
- Aufbau von begleitenden Hilfen bestehend aus ÄrztInnen, AnwältInnen, DolmetscherInnen, etc.
- Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit, um auf die Problemlagen der Betroffenen aufmerksam zu machen und die Hintergründe von Zwangsprostitution und Menschenhandel aufzuzeigen

Nach 24 Monaten Projektlaufzeit ist das Angebot der drei Fachberatungsstellen „FreiJa – Aktiv gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution“ bekannt und wird nachgefragt. Vor allem niederschwellige Beratungseinrichtungen, Behörden und Kliniken wenden sich an FreiJa mit der Bitte um Beratung für den jeweiligen Einzelfall oder mit der Bitte einer Begleitung der Betroffenen durch die Fachberatungsstellen. Über regelmäßige Streetwork in Strasbourg finden Frauen, die in Kehl leben und in Strasbourg der Prostitution nachgehen, Zugang zu diesem Angebot.

Zielgruppe

FreiJa berät und unterstützt Mädchen und Frauen, die zur Prostitution gezwungen oder darin ausgebeutet werden. Von Beginn des Projekts im Juni 2006 bis Mai 2008 wurden 32 Betroffene von FreiJa begleitet. Es ist davon auszugehen, dass der Bedarf mit zunehmendem Bekanntheitsgrad der Fachberatungsstellen, steigen wird.

Die Praxis zeigt, dass die Beratung nicht ausschließlich Frauen, die Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution geworden sind umfasst. Vielmehr begleiten die Mitarbeiterinnen Frauen, die innerhalb des Prostitutionsmilieus den vielfältigen Formen von Zwang und Gewalt ausgesetzt sind.

Darunter fallen:

- Opfer von Zwangsprostitution und Menschenhandel
- Frauen, die im Rahmen des Opferschutzprogramms als Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution begleitet wurden
- Ausländische Frauen, die an der Grenze ohne Papiere festgenommen wurden
- Einheimische Frauen und Europäerinnen, die der Prostitution nachgingen, das Milieu verlassen wollten, jedoch unter Androhung von Gewalt oder dem Hinweis auf noch abzuräumende Schulden festgehalten wurden
- Prostituierte, die aus der Prostitution aussteigen möchten und nach beruflichen Perspektiven suchen
- Ehemalige Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution, die eine Rückkehr in ihr Heimatland ablehnen und die sich für eine Perspektive in Deutschland entschieden haben
- Frauen, die sich aus der Zwangssituation befreien konnten und die akut untergebracht werden müssen
- Frauen, die aufgrund von Traumatisierung starken psychischen Belastungen ausgesetzt sind und die sich in diesem Zusammenhang in einer Klinik aufhalten

Fallzahlen im Zeitraum Juni 2006 – Mai 2008

Herkunftsländer

Deutschland	12
Tschechien	6
Ukraine	2
Rumänien	2
Albanien	1
Slowakei	3
Afrikanisches Land	1
Sierra Leona	1
Kenia	1
Kamerun	1
Nigeria	1
Brasilien	1
Gesamt	32

Alter

17 Jahre	1
18 – 20 Jahre	3
20 – 24 Jahre	6
25 – 30 Jahre	7
31 – 34 Jahre	5
35 – 40 Jahre	2
41 – 45 Jahre	4
Alter unbekannt	4
Gesamt	32

Beratungsinhalt (Mehrfachnennungen sind möglich)

Unterbringung	11
Ausstiegsberatung – Suche nach privaten und beruflichen Perspektiven	10
Kollegiale Fachberatung für KollegInnen anderer sozialer Fachdienste, bei denen die Betroffenen bereits angebunden sind	6
Begleitung in Form telefonischer Beratung	4
Rückkehrhilfen – Einleitung der notwendigen Maßnahmen für eine gesicherte und geregelte Rückkehr ins Heimatland	4
weiterführende Begleitung	5
Gesamt	40

Zugangswege

Klinik Sozialdienst	5
Privatpersonen	6
Andere Fachberatungsstellen	4
Anfrage durch Kolleginnen	2
Anfrage LKA	2
Pfarrer/Kirchengemeinden	2
Frauenhaus	2
Aidshilfe	1
Schwangerschaftskonfliktberatung	1
Wohnungslosenhilfe	1
Ausländerbehörde	1
Weißer Ring	1
Jugendberatung	1
Kriminalpolizei	1
Flüchtlingssozialdienst	1
Freier	1
Streetwork in Strasbourg und Basel	
Gesamt	32

Kooperationen

An jedem Standort wurde Kontakt zu Behörden (Polizei, Ausländeramt, Ordnungsamt, Gesundheitsamt, etc.), Wohlfahrtsverbänden, sozialen Einrichtungen und Organisationen, die potentiell in Kontakt mit betroffenen Frauen stehen (Migrationsberatung, Frauenhäuser, Schwangerschaftskonfliktberatung, Krankenhäuser, etc) aufgenommen und die Arbeit vorgestellt. Darüber hinaus beteiligte sich FreiJa, in Kooperation mit anderen Beratungsstellen, an gemeinsamen Aktionen wie dem „Internationalen Frauentag“ oder dem „Internationalen Tag Nein zu Gewalt an Frauen“.

Mit den Partnerorganisationen in Strasbourg, Mulhouse und Basel findet ein regelmäßiger fachlicher Austausch statt. Mit Mouvement du Nid Strasbourg besteht eine enge Zusammenarbeit. Durch Kontakte und Begleitung mit den im Milieu arbeitenden Einrichtungen in Strasbourg und Basel konnte die Zielgruppe direkt erreicht werden. Streichholzbriefchen mit den Telefonnummern von FreiJa wurden verteilt und das Projekt über diesen Zugang bekannt gemacht.

FreiJa unterhält Kontakte mit La Strada und SemJa aus Belarus, Organisationen aus den Herkunftsländern der Frauen. Im Mai 2007 konnten die Mitarbeiterinnen von FreiJa die Kolleginnen von La Strada aus Minsk begrüßen und ein reger Austausch entstand. Im Zusammenhang mit der Beratung von Rückkehrerinnen entstehen immer wieder neue Kontakte zu Frauenhilfsorganisationen in den Herkunftsländern der Frauen.

Regionale Kooperationen:

- Ausländerbehörden
- Ordnungsämter
- Kriminalpolizei
- Kliniksozialdienste
- Politische Frauenzirkel
- Arbeitskreis zum Schutz gegen Gewalt an Frauen
- Gleichstellungsbeauftragte
- Kirchengemeinden
- Wärmestuben
- Bahnhofsmmissionen
- Wohnungslosenhilfen
- Kollegenkreise in den Diakonischen Werken
- Frauenhäuser
- Migrationsberatungsstellen
- Runder Tisch Sexualisierte Gewalt

Bundesweite Kooperationen

- Evangelische Frauenarbeit Deutschland
- KOK – Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess e.V.
- Diakonisches Werk der EKD

Grenzüberschreitende und internationale Kontakte

- Aliena in Basel
- Runder Tisch gegen Frauenhandel in Basel
- Mitternachtsmission in Basel
- Espoir in Colmar
- Mouvement du Nid in Mulhouse
- Mouvement du Nid in Strasbourg
- Hospital Civil in Strasbourg
- La Strada in Belarus
- Semja in Belarus

Begleitende Hilfen

Eine Voraussetzung, um adäquate Hilfen anbieten zu können ist die Bereitstellung einer entsprechenden Infrastruktur. An allen drei Projektstandorten besteht mittlerweile einen Pool aus Fachleuten unterschiedlichster Berufsgruppen (ÄrztInnen, DolmetscherInnen, TherapeutInnen, etc.), die FreiJa ihre fachlichen Kenntnisse unbürokratisch zur Verfügung zu stellen.

Im Bereich materielle Hilfen bestehen enge Kontakte zum Diakonischen Werk Baden und der Evangelischen Frauenarbeit Baden, die FreiJa finanzielle Unterstützung für die Einzelfallhilfe zur Verfügung stellen.

Netzwerke

Eine Bundesweite Vernetzung erfolgt über die jährlich stattfindenden Vernetzungstreffen der evangelischen und ökumenischen Beratungsstellen. Der Austausch von aktuellen Themen steht hier im Vordergrund. 2007 wurden die Themen: „Die Frauen aus den neuen EU Ländern in der Prostitution – Neue Herausforderungen für die Arbeit der Fachberatungsstellen“ und „Strafverfolgung und Opferschutz beim Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung – eine Bestandsaufnahme“ behandelt.

FreiJa ist Mitglied im Regionalbündnis Baden-Württemberg. Ein Bündnis bestehend aus regional und landesweit arbeitender Organisationen. Ziel des Bündnisses ist es die Öffentlichkeit als auch die politischen Entscheidungsträger auf die Problematik des Menschenhandels und der Zwangsprostitution aufmerksam zu machen und sich für Verbesserungen im Opferschutz einzusetzen. Es ist ein Erfolg des Bündnisses, dass das Thema auch in die Landespolitik transportiert wurde.

Die Fachberatungsstellen arbeiten auf Länderebene im Arbeitskreis „AK-tiv gegen Menschenhandel“ mit. Der Arbeitskreis wird von den Diakonischen Werken Baden und Württemberg einberufen. Mitglieder sind neben den Fachberatungsstellen FreiJa, das FIZ aus Stuttgart und die Mitternachtsmission in Heilbronn. Der Arbeitskreis fördert die Kooperation mit dem Sozialministerium und den Polizeibehörden, bietet fachlichen Austausch und bereitet Fachtage vor, u.a. zu den Themen „Alimentierung von Opfern von Menschenhandel“, „Begleitung Minderjähriger“, „Problematik der Frauen aus den neuen EU Ländern in der Prostitution“. Der Arbeitskreis hat 2007 ein Faltblatt „Aktiv gegen Menschenhandel“ herausgebracht.

FreiJa arbeitet eng mit der Evangelische Frauenarbeit Baden und dem Diakonischen Werk Baden zusammen. Kollegiale Beratung, fachlicher Austausch, Weitergabe rechtlicher Informationen und interne Fachtage finden hier statt.

Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit

Mit dem Ziel, FreiJa bekannt zu machen und eine breite Bevölkerungsschicht für das Thema zu sensibilisieren wurde eine breite Öffentlichkeitsarbeit, sowohl dezentral an den einzelnen Projektstandorten, als auch überregional für das Gesamtprojekt, gestartet.

Informationsveranstaltungen

Am 07 Februar 2007 fand an der Ev. Fachhochschule Freiburg die Kick off Veranstaltung von FreiJa statt. Mit dem Titel „Drei Länder – ein Problem“ hatten die drei Projektträger zu diesem Fachtag eingeladen. Ziel war es das neue Projekt „FreiJa“ der Fachöffentlichkeit vorzustellen, über Referate auf die Problematik von Zwangsprostitution und Menschenhandel aufmerksam zu machen und eine Basis für örtliche, überörtliche und grenzüberschreitende Netzwerkarbeit zu schaffen. Innerhalb eines Fachtages wurde die vielfältigen Problemlagen dargestellt: Manfred Paulus informierte in seinem Fachvortrag über Zwangsprostitution und Menschenhandel im ländlichen, grenznahen Raum. Stefanie Tränkle stellte die unterschiedlichen rechtlichen Positionen der Schweiz, Frankreich und Deutschland zur Prostitution und Zwangsprostitution heraus. In einer Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen von Organisationen in der Schweiz, Frankreich und Deutschland wurden Einzelfälle vorgestellt, um die unterschiedliche rechtlichen Dimensionen und das sozialarbeiterische Handeln darzustellen. Die große Zahl von 100 Teilnehmenden zeigte, dass von Seiten der Fachöffentlichkeit ein Interesse und ein Informationsbedarf an dieser Thematik besteht.

Am 20.10.2007 fand der ökumenische Frauenkongress in Stuttgart statt. In der Taverne „Menschenhandel“ berichteten die Mitarbeiterinnen von FIZ, der Mitternachtsmission Heilbronn, Solwodi Ludwigshafen und FreiJa vor einem interessierten Publikum über ihre Arbeit mit Opfern von Menschenhandel und Zwangsprostitution. Interessierte konnten sich an den Stellwänden und an den Infotischen intensiver über die Situation von Opfern von Menschenhandel und Zwangsprostitution in den Herkunftsländern informieren und sich ein Bild über die prekäre Situation von Zwangsprostituierten hier in Deutschland machen.

2007 wurde in Karlsruhe, Kehl und Freiburg die Ausstellung „Ohne Glanz und Glamour von Terres des Femmes gezeigt. Die Gleichstellungsbeauftragten der jeweiligen Städte hatten die Ausstellung geholt und gemeinsam mit Frauenverbänden ein interessantes Rahmenprogramm organisiert. Zu sehen waren Filme wie „Lilja 4-ever“, „Trade – willkommen in Amerika“ sowie eine Reportage von Inge Bell mit Anwesenheit der Filmemacherin. FreiJa führte interessiertes Publikum, Schulklassen und Frauen aus der Straffälligen- und Wohnungslosenhilfe durch die Ausstellung. Mit diesem interessanten Angebot konnten viele Menschen erreicht werden.

Weitere Informationsveranstaltungen und Vorträge

Während des gesamten Berichtszeitraums wurden zahlreiche Vorträge von den Mitarbeiterinnen gehalten und an Informationsveranstaltungen zur Präsentation von FreiJa teilgenommen:

- Infotische am 08.03.2006 und 2007 am „Internationaler Frauentag“
- Infotische am 25.11.2006 und 2007 am „Internationaler Tag Nein zu Gewalt an Frauen“
- Ausstellung und Infotisch beim Evangelischen Kirchentag
- Vorträge in kirchlichen und kommunalen Gremien sowie in Fachkollegenkreisen der sozialen Arbeit
- Gottesdienste an allen drei Standorten
- Teilnahme an der Konferenz der Kirchen am Rhein in Mulhouse
- Vorstellung des Projekts beim „zonta club“ Weil und Freiburg und bei den „Business and Professional Women“

Presse

FreiJa wurde von unterschiedlichen Medien um Interviews angefragt. Das öffentliche Interesse an der Thematik ist vorhanden. Häufig verbunden mit aktuellen Ereignissen wie die geplanten Änderung des Prostitutionsgesetzes oder der Europameisterschaft 2008 in der Schweiz und Österreich. In folgenden Medien gab FreiJa Interviews oder nahm an Pressegesprächen teil:

- „Ganz persönlich“, Zeitschrift der Frauenarbeit der Evangelischen Landeskirche in Baden
- „epd sozial“, Nr. 11, 16.03.2007
- „Frauen Aktiv in Baden – Württemberg“
- „Profile“, Evang. Magazin für Kirche und Kultur in der Region Freiburg
- „Chilli“, das Freiburger Stadtmagazin
- örtliche Presse in Freiburg, Weil und Kehl

- SWR 1 – Radio
- SWR Regional Fernsehen

Öffentlichkeitsmaterialien

Zu Beginn des Projekts entwickelten die Projektmitarbeiterinnen einen Flyer, in dem die Arbeit, die Angebote und die Adressen der Fachberatungsstellen vorgestellt werden. Dieser Flyer wurde in einer Auflage von 3000 Stück hergestellt und an die örtlichen Beratungsstellen verteilt. Für Öffentlichkeitsaktionen und Präsentationen wurden Plakate und Infomappen in deutscher und französischer Sprache entworfen. Eine Broschüre mit rechtlichen Informationen zur straf- und aufenthaltsrechtlichen Situation der Betroffenen in Deutschland, Frankreich und der Schweiz wurde verfasst und vom Diakonischen Werk Baden herausgegeben. Die Broschüre mit einer Auflage von 1000 Stück richtet sich an Mitarbeiterinnen anderer Beratungsstellen, die Frauen begleiten, die möglicherweise auch Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution sind. Um die betroffenen Frauen im Milieu zu erreichen wurden Streichholzbriefchen mit den Telefonnummern von FreiJa verteilt.

Qualifizierung

Um sich weiter zu qualifizieren nahmen die Mitarbeiterinnen an Fachtagungen teil:

- Fachtag „Bekämpfung von Zwangsprostitution und Frauenhandel – Eine interdisziplinäre Aufgabe“ am 07 November 2006 in Stuttgart, veranstaltet vom Sozialministerium Baden - Württemberg
- Fachtag am 01. und 02. März 2007 in Berlin: „Rolle rückwärts? Erfahrungen und Wirkungen des Prostitutionsgesetzes, veranstaltet von der Arbeitsgemeinschaft im Diakonischen Werk der EKD zu Prostitution und Menschenhandel
- Fachtagung für Opferschutzbeauftragte der Polizei Baden-Württemberg an der Polizeiakademie Freiburg am 02. und 03. April 2007, veranstaltet vom Landeskriminalamt, Abteilung Opferschutz.

Ein Praxisbeispiel

Opfer von Menschenhandel aus Sierra Leone

Eine junge Frau flieht in Freiburg aus dem Auto ihres italienischen Zuhälters und wendet sich an eine Bürgerin auf der Straße, die sie zu einer Beratungsstelle für Frauen bringt. Diese Beratungsstelle nimmt Kontakt zu FreiJa auf.

Die Frau berichtet, dass sie in ihrer Heimatstadt Freetown auf der Straße gelebt und sich auf dem Markt mit dem Verkauf von Obst ein wenig Geld zum Leben verdient habe. Ein Tourist aus Italien habe sich mit ihr angefreundet. Nach einigen Tagen habe er sie gefragt, ob sie mit ihm nach Italien kommen, ihn heiraten und mit ihm in Italien leben möchte. Ihre Familie wurde im Bürgerkrieg getötet oder inhaftiert, so dass sie keinen Grund hatte in Freetown zu bleiben. Der Italiener habe ihr ein Visum besorgt. In Italien angekommen, habe er sie in eine Wohnung eingesperrt, in der sie täglich mehrere Freier bedienen musste. Als sie versuchte, sich zu widersetzen, sei sie mit einer Waffe bedroht worden. Nach ungefähr zwei Wochen habe er sie nach Deutschland gefahren, um sie an einen deutschen Mann zu verkaufen. An einer Tankstelle sei sie aus dem Auto geflohen. Ihre Papiere habe ihr der Mann weggenommen.

Eine Mitarbeiterin von FreiJa brachte die junge Frau in eine geschützten Unterkunft, sorgte für finanzielle Hilfen für den Lebensunterhalt, begleitete sie zu einem Arzt (Hämatome am ganzen Körper, Verletzung am Bein, Schlafstörungen, Nahrungsverweigerung) und versorgte sie mit Kleidung. FreiJa hatte täglich Kontakt mit der jungen Frau, besprach die aktuelle Situation und die nächsten Schritte. FreiJa stand in Kontakt mit einer Rechtsanwältin zur Klärung aufenthaltsrechtlicher Fragen. Mit dem Landeskriminalamt wurden strafrechtliche Fragen und Fragen der internationalen Zusammenarbeit der Polizei (Italien – Deutschland) besprochen.

Nach einer Woche ist die junge Frau aus der Schutzunterkunft geflüchtet, vermutlich aus Angst vor dem Zuhälter, aus Angst vor der Polizei, aus Angst, nach Italien zurückkehren zu müssen, oder aus Angst vor einer möglichen Abschiebung.

Ziele für das nächste Projektjahr

Geplante Maßnahmen für die weitere Projektlaufzeit

Die Beratung umfasst nicht ausschließlich Frauen, die Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution geworden sind. FreiJa begleitet auch Frauen, die innerhalb des Prostitutionsmilieus Zwang und Gewalt ausgesetzt sind. **Die Zielgruppe wird dahingehend erweitert werden.**

Ein Schwerpunkt der Arbeit im nächsten Projektjahr liegt in der **Intensivierung der Zugangswege**. Dabei wird die enge Kooperation mit den ermittelnden Behörden und eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit sozialen Diensten und Beratungsstellen notwendig sein. Prostituierte befinden sich oftmals in einer komplexen Lebenssituation. Sie bewegen sich auch im Umfeld der Wohnungslosenhilfe, der Drogenberatungsstellen, der Migrationserstberatungsstellen oder der Gesundheitsämter. Durch den **Aufbau Regionaler Runder Tische** soll die Thematik gebündelt, unterschiedliche Einrichtungen, die an derselben Problematik arbeiten zusammengeführt und vernetzt sowie weitere Zugangswege erschlossen werden.

Die MitarbeiterInnen der Einrichtungen, die mit betroffenen Frauen in Kontakt kommen sind häufig mit der komplexen Problemlage überfordert und wissen nicht wie und in welcher Form Hilfe angeboten werden kann. Eine fachliche Qualifizierung mit dem Ziel soziale Fachkräfte für den Bereich Menschenhandel und Zwangsprostitution zu sensibilisieren sowie Handlungsschritte und Methoden für die Beratungsarbeit zu entwickeln ist notwendig. Ein **Schulungskonzept** für Hauptamtliche, bestehend aus unterschiedlichsten Bausteinen, soll konzipiert werden.

Das Bekannt werden bei den Betroffenen selbst ist notwendig. Daher soll **Streetwork und die Präsenz im Milieu** deutlich intensiviert werden. Hier kommt der grenzüberschreitenden Arbeit mit den entsprechenden Organisationen in der Schweiz und Frankreich eine besondere Bedeutung zu, da dort die entsprechenden Strukturen bereits vorhanden sind. Die Kooperation mit Mouvement du Nid und der Fachberatungsstelle in Kehl trägt bereits die ersten Früchte. Es gibt regelmäßigen Austausch, Fallbesprechungen und Begleitung bei der aufsuchenden Arbeit. Durch diese intensive Zusammenarbeit konnten Frauen beraten werden. Die Kooperation mit Einrichtungen, die in der aufsuchenden Arbeit im Milieu in Basel tätig sind im Aufbau und werden weiter geführt. Eine mehrsprachige Infobroschüre für die Betroffenen selbst ist in Vorbereitung

Der Bekanntheitsgrad in der Öffentlichkeit ist weiter zu erhöhen. Ziel ist es ein **Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit** zu entwickeln, um für die unterschiedlichen Zielgruppen (die Fachöffentlichkeit, das breite Publikum, die politischen- und kirchlichen Gremien) gezielte und effektiv Öffentlichkeitsarbeit leisten zu können.

**Wer hofft
Ist jung**

**Wer könnte atmen
Ohne Hoffnung
Dass auch in Zukunft
Rosen sich öffnen**

**Ein Liebeswort
Die Angst überlebt**

Rose Ausländer